vinetur

Senatoren bringen parteiübergreifenden Gesetzentwurf gegen THC-Grenze für Hanfgetränke ab 11. Dezember ein

Der Gesetzentwurf würde die meisten Hanfprodukte erhalten: mit einem landesweiten Mindestalter von 21 Jahren und unter Aufsicht der Food and Drug Administration

Donnerstag, 19. November 2026



Ein parteiübergreifender Gesetzentwurf im Senat, der am Dienstag, dem 17. November, eingebracht wurde, soll eine für den 11. Dezember vorgesehene bundesweite Beschränkung verhindern. Viele Hanfunternehmen sagen, sie würde die meisten THC-Getränke, Esswaren und ähnlichen Produkte aus Hanf praktisch vom Markt verdrängen.

Senatorin Amy Klobuchar, Demokratin aus Minnesota, und Senator Tim Sheehy, Republikaner aus Montana, erklärten, ihr Vorschlag, der Hemp Guardrails Act, solle den Zugang zu regulierten THC-Produkten aus Hanf erhalten und zugleich landesweit einheitliche Verbraucherschutzregeln schaffen. Der Vorstoß kommt, während sich Unternehmen auf eine Änderung auf Bundesebene einstellen, die den Gehalt an aus Hanf gewonnenem THC auf 0,4 Milligramm pro Behältnis begrenzen würde – deutlich weniger als in vielen Produkten, die derzeit in Bundesstaaten wie Minnesota legal verkauft werden.

Im Zentrum des Konflikts steht eine Gesetzeslücke, die der Farm Bill von 2018 geschaffen hat. Das Gesetz legalisierte Hanf und öffnete in der Praxis den Weg für berauschende Produkte aus Hanf. In der Folge wuchs das Angebot an THC-Getränken und Esswaren aus Hanf rasch; sie wurden außerhalb der staatlichen Cannabis-

Regulierungssysteme verkauft, unter anderem an Tankstellen, in Convenience Stores, Brauereien und Spirituosengeschäften. 2025 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, das Präsident Donald Trump unterzeichnete. Es schloss die Gesetzeslücke und legte die neue bundesweite Obergrenze fest, die am 11. Dezember in Kraft treten soll.

Der vorgeschlagene Gesetzentwurf im Senat würde einen anderen Weg einschlagen. Er würde ein landesweites Mindestalter von 21 Jahren für den Kauf von THC-Produkten aus Hanf festlegen und Produkte mit Cannabinoiden aus Hanf sowie damit verbundene Nahrungsergänzungsmittel der Aufsicht der Food and Drug Administration unterstellen. Befürworter sagen, dieser Ansatz würde die Produkte im Handel halten und zugleich einen zersplitterten Markt durch klarere Bundesregeln ersetzen.

„Minnesota ist landesweit führend bei Hanf, und unser Bundesstaat hat gezeigt, dass wir Kinder schützen und verantwortungsvoll wirtschaftende Hanfunternehmen unterstützen können“, sagte Klobuchar in einer Erklärung. Sie erklärte, das geplante bundesweite Verbot bedrohe Landwirte, Brauereien, kleine Unternehmen und Verbraucher in Minnesota und im ganzen Land.

Minnesota ist zu einem der deutlichsten Beispiele dafür geworden, was auf dem Spiel steht. Das Recht des Bundesstaats erlaubt THC-Produkte aus Hanf bereits unter Regeln, die Altersbeschränkungen und Produktstandards umfassen; der Markt hat sich auf Bars, Brauereien und Einzelhandelsgeschäfte ausgeweitet. Die für den 11. Dezember angesetzte bundesweite Beschränkung sorgt jedoch bereits für Unsicherheit. Unternehmen berichten, dass sie Bestellungen zurückfahren, ihre Pläne ändern und den Markt teilweise verlassen, während sie abwarten, ob Washington seinen Kurs korrigiert.

Für die Getränkeindustrie geht der Konflikt über die Cannabisregulierung hinaus. Für einige Brauereien und Vertriebshändler sind THC-Getränke aus Hanf zu einem Diversifizierungsfeld geworden, da der Bierkonsum nachlässt und Unternehmen nach neuen Produkten suchen. Die Kategorie konkurriert bei denselben geselligen und Freizeit-Anlässen auch mit alkoholischen Getränken. Sollte die bundesweite Beschränkung kommen, könnte sie daher Teile des größeren Getränkemarkts verändern.

Bob Galligan, Leiter für Regierungs- und Branchenbeziehungen bei der Minnesota Craft Brewers Guild, sagte, er habe mit den Senatoren an dem Gesetzentwurf gearbeitet und unterstütze ihn in seiner derzeitigen Fassung. Das Recht Minnesotas sei weiterhin strenger als der im Gesetzentwurf vorgeschlagene bundesweite Rahmen. Daher könnten Unternehmen im Bundesstaat ihren Betrieb im Wesentlichen wie bisher fortführen, sollte der Gesetzentwurf Gesetz werden. Die Guild vertritt Dutzende Brauereien, die in Minnesota Getränke aus Hanf herstellen oder verkaufen.

Galligan sagte, die Abgeordneten Minnesotas hätten eine führende Rolle dabei übernommen, für Regulierung statt für ein Verbot einzutreten. Die Erfahrung des Bundesstaats zeige, dass berauschende Hanfprodukte unter Regeln verkauft werden könnten, die den Zugang für Jugendliche einschränken und Standards für den Markt festlegen sollen, argumentierte er. Außerdem sagte er, eine Umfrage unter Herstellern aus dem Jahr 2025 habe ergeben, dass bei Inkrafttreten des bundesweiten Verbots Tausende Arbeitsplätze wegfallen könnten.

Selbst wenn der Kongress die bundesweite Beschränkung rückgängig machen sollte, habe der Schaden teilweise bereits begonnen, sagte Galligan. Landwirte entschieden Monate, bevor Produkte in die Verkaufsregale kämen, was sie anpflanzten; Getränkehersteller benötigten Zeit für Rezepturentwicklung, Produktion und Vertrieb. „Der Stichtag ist nicht der 11. Dezember“, sagte er. „Der Stichtag war bereits im Mai, als die Landwirte anfingen, Hanf anzubauen. Deshalb wird es Probleme in der Lieferkette geben.“